

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Weinzinger, Gradauer, Dr. Fichtenbauer, Dr. Bösch, Dr. Haimbuchner und weiteren Abgeordneten

betreffend die Vorlage eines von Univ. Prof. Dr. Koziol im Auftrage des BM für Landesverteidigung verfassten Gutachten betreffend Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Eurofighter Vertrag

eingbracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (39 d.B.), BFG 2007 samt Anlagen (70 d.B.).

Mit Beschluss des Nationalrates vom 30.10.2006 wurde ein Untersuchungsausschuss betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen eingerichtet. Ein wesentlicher Zweck dieses Ausschusses kann darin gesehen werden Grundlagen für die juristische Beurteilung der Ausstiegsfrage aus dem „Eurofighter – Vertrag“ hervor zu bringen. Die Anschaffung dieser Kampfflugzeuge belastet das Budget im Allgemeinen, auf Grund der sehr hohen Betriebskosten aber vor allem das Budget des BMLV, massiv.

Die Kosten der Durchführung des Ausschusses selbst sind aus den der Parlamentsdirektion budgetierten Mitteln zu begleichen. Die Höhe der Belastung des Budgets ist insbesondere im Bereich der Personalkosten, aber auch im Bereich des Sachaufwandes von der Dauer des Ausschusses abhängig. Um eine effiziente Verfahrensführung zu gewährleisten ist es erforderlich, dass alle Ämter und Behörden mit dem Ausschuss so kooperieren, wie es die Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse vorsieht.

Seitens des BMLV ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, welches zu einem Teil bereits fertig gestellt und übergeben worden ist.

Im Sinne einer effizienten Ausschussarbeit hat der Untersuchungsausschuss den BMLV einstimmig ersucht, „das von Univ. Prof. Dr. Koziol erarbeitete und dem BMLV übermittelte (Teil-) Rechtsgutachten betreffend Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Eurofighter-Vertrag bis zum 19.4.2007, 17:00 Uhr, vorzulegen.“

Der Bundesminister für Landesverteidigung ist diesem Ersuchen bis dato nicht nachgekommen. Eine taugliche Begründung für sein Verhalten, das mit der, in der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse normierten Kooperationspflicht im Widerstreit steht, war bislang nicht zu vernehmen. Die Weigerung der Übergabe steht nicht in Einklang mit der Rechtslage.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich das von Univ. Prof. Dr. Koziol erarbeitete und dem BMLV übermittelte (Teil-) Rechtsgutachten betreffend Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Eurofighter-Vertrag vorzulegen.“

